Schweizerisches Bundesblatt.

X. Jahrgang. I.

Nr. 6.

6. Februar 1858.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Fr.

Einrückungsgebühr per Zeile 15 Cent. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei (G. Hünerwadel) in Bern.

B e r i c h t

der

nationalrätthlichen Kommission über die Regulirung der
Besoldungsverhältnisse.

(Vom 15. Dezember 1857.)

Tit.!

Nachdem der abgetretene Nationalrath nicht für angemessen fand, in die betreffenden Vorschläge einzutreten, wurde das Traktandum von Ihnen neu aufgenommen und uns eine dreifache Aufgabe überbunden:

- 1) die Prüfung eines Beschlusses, den der Ständerath bei Gelegenheit der Budgetberathung pro 1858 von sich aus gefasst, für den er sonach die Priorität in Anspruch genommen hat, und durch welchen er, ohne den Anfangspunkt genau zu bezeichnen, jedem Mitgliede des Bundesrathes eine Besoldung von Fr. 9000, dem Präsidenten eine solche von Fr. 10,500 auszusetzen angemessen erachtet hat;
- 2) die Prüfung eines Gesetzesentwurfes über die Errichtung und Besoldung der bleibenden eidg. Beamten, ohne Inbegriff des Bundesrathes;
- 3) die Prüfung eines Bundesbeschlussentwurfes, betreffend die Taggelder des Nationalrathes und der Kommissionsmitglieder.

Die beiden letzterwähnten Traktanden begleitet der Bundesrath mit einer und derselben Botschaft, während die Beschlussvorlagen getrennt sind. Alle drei Verhandlungsgegenstände gehören jedoch insofern einer Kategorie an, als sie alle ein Endziel haben, nämlich dasjenige der Erhöhung der bisherigen Besoldungen. Insofern handelt es sich zunächst um eine prinzipielle Entscheidung. Bevor wir aber, mit einigen Worten, der Hauptsache näher gedenken, haben wir, der Orien-

lung zu bewahren. Ueberzeugt, daß dieses auch die Ansicht des Bundesrathes ist, glaubt die Mehrheit, daß man ihm die Mittel nicht entziehen müsse, dieselbe mit aller Entschiedenheit und mit Hintansetzung besonderer Rücksichten geltend zu machen.

Uebrigens glaubt die Mehrheit, im Interesse der Konsequenz und der Wahrheit, nicht übersehen zu sollen, was die nationalrätliche Rechenschaftsberichtscommission in ihrem Berichte vom 11. Juni l. J. (Bundesblatt von 1857, Bd I, S. 802) über die Nothwendigkeit der Erhöhung, ohne Widerspruch zu finden, sagte, und hervorheben zu müssen, daß, wenn auch die Preise mancher Lebensmittel wieder sinken mögen, dennoch diejenigen der übrigen Bedürfnisse stets höher bleiben werden, als zur Zeit, in welcher die dormaligen Besoldungen festgesetzt worden sind. Es sind neben einer Anzahl Lebensmittel vorab die Mehlzinsen und die Holzpreise, die sich namhaft gesteigert haben und voraussichtlich sich eher noch mehr steigern als zurückgehen werden. Aehnlich verhält es sich mit vielen Arbeitslöhnen. Die Einkommensteuern, die der Staat fordert, betragen oft bis auf 3 % und kommen häufig einem halben Monatssolde gleich. Dazu kommen an vielen Orten sehr beträchtliche, sich stets steigende Gemeinde- und Schulsteuern, und erschweren es besonders dem verehelichten Beamten, seine Existenz gehörig zu behaupten. Und wenn auch unbestreitbar die eidg. Besoldungsansätze auf die kantonalen Besoldungsbestimmungen zurückwirken werden, so läßt sich nicht läugnen, daß viele kantonale Gesetzgebungen, dem Rufe der Zeit Gehör gebend, bereits die Gehalte erhöht haben, und hie und da die kantonalen Beamten, wenigstens einzelne derselben, mindestens nicht niedriger als die eidgenössischen gestellt sind.

Wesentlich aus diesen Gründen hält die Mehrheit der Kommission dafür, daß in die Berathung der vorliegenden Vorschläge eingetreten und die Veränderung der Besoldungsansätze, als ein Gebot der Gerechtigkeit und Nothwendigkeit, anerkannt werden sollte. Uebereinstimmend aber, — und es soll dieses im Berichte betont werden, — sind die Mitglieder der Kommission in der Ansicht, daß das Bedürfnis sich weit weniger in den höhern Regionen, als in den untern Kreisen geltend mache, und sie haben daher ganz vorzugweise die Stellung der niedern Beamten berücksichtigen zu müssen geglaubt. Wenn sich auch, nach den Anträgen des Bundesrathes, wie die von uns veranstalteten Rechnungen zeigen, eine jährliche höhere Ausgabe von ungefähr Fr. 148,000 oder nach den Kommissionsanträgen von circa Fr. 125,000—130,000 herausstellt, so kann dieses da, wo die Pflicht gebietet, nicht abschrecken, namentlich wenn die Aufbesserung wesentlich den niedrigeren Beamten zu gut kommt; wohl aber kann in Frage kommen, ob sich auch alle Stellen, die bedacht werden sollen, als nothwendig ergehen, oder ob nicht hie und da vereinfacht werden könnte. Die Kommission könnte indessen eine gründliche Untersuchung hierüber nicht veranstalten und hielt dafür, daß man sich durch Annahme des Gesetzesvorschlages die Hände nicht binde, vielmehr jederzeit auf einzelne Stellen zurückkommen könne, und daß es jeweilen die Rechen-

schaftsberichtscommission sei, welche die beste Veranlassung habe, auf den Gegenstand und den Umfang der Wirksamkeit der einzelnen Beamten einzutreten und allfällige organisatorisch abändernde Anträge zu bringen. Auch ist sie vollkommen überzeugt, daß der Bundesrath, beziehungsweise dessen Departemente, jeden Anlaß, im Sinne der Vereinfachung zu reformiren, benutzen und weder Sinecuren schaffen, noch solche dulden werden, und hat keinen hinreichenden Grund, das sonst republikanische Mißtrauen hier vorwalten zu lassen.

In Anerkennung sonach des Vorhandenseins des Bedürfnisses, vorzugsweise bei den mittlern und untern Beamtungen, hält die Mehrheit der Commission dafür, daß, und zwar noch im Laufe dieser Sitzungsperiode, in die Berathung der Vorlagen eingetreten und deren Vollziehung vom 1. Jenner 1858 an ermöglicht werden sollte, während die Minderheit, aus den früher kurz angedeuteten Motiven, für einmal von einer speziellen Berathung Umgang nehmen, eventuell höchstens einen Kredit bewilligen möchte, um das wenig beneidenswerthe Geschick der untern Beamten oder Angestellten zu verbessern und dann später, bei mehr Ruße und Erfahrung, die ganze Angelegenheit rationeller ordnen zu können. Es steht hiernach der Entscheid bei Ihnen.

So viel, mit möglichster Berücksichtigung der Ihnen kurz zugemessenen Zeit, im Allgemeinen. Zu den speziellen Vorschlägen übergehend, beginnen wir

I. mit dem ständeräthlichen Beschlusse über die Besoldung des Bundesrathes.

Die Commission hätte, aus formellen Gründen, gerne gesehen, wenn dieser Beschluß für einmal nicht gefaßt und so ermöglicht worden wäre, alle Besoldungsansätze einem Gesetzeserlasse einverleiben zu können; da er indessen gefaßt worden ist, findet die Commission keine hinreichenden Gründe, um diese Grundlage für die Berathung zu verlassen, und will daher um so weniger hindern, diesen Gegenstand auf dem Wege des Beschlusses besonders zu erledigen, als die betreffenden Besoldungen auch früherhin schon durch ein besonderes Gesetz geordnet worden sind, wenn es auch durch besondere Verumstände veranlaßt worden sein mag. Auch hätte die Commission es sonst zweckmäßig erachtet, wenn man vorerst die Gesetzesvorlagen beendet und dann, je nach den Ergebnissen, nachträglich den Bundesrath bedacht hätte. Ein gewisses Gefühl sagt ihr, daß es für Sache und Behörde besser und vortheilhafter gewesen wäre.

In der Hauptsache der Frage der Besoldungserhöhung überhaupt ist übrigens die Commission verschiedener Ansicht. Die Mehrheit anerkennt, daß, je höher die Stelle, um so bedeutender auch in der Regel der Umfang der mit denselben verbundenen Pflichten ist, um so größer die Anforderungen sind, die an deren Inhaber gemacht werden. Da es nun vom höchsten Werthe ist, den Bundesrath vollkommen unabhängig zu stellen,

und da die Pflicht gebietet, die Rücksichten, die oben allgemein angedeutet wurden, auch bei dessen Salairirung vorwalten zu lassen, beantragt die Mehrheit eine Erhöhung der betreffenden Besoldungen, während die Minderheit mit Rücksicht auf den Charakter der Ehrenstelle und in Betracht des Umstandes, daß die meisten kantonalen Regierungsbeamteten weit bescheidener salairirt sind, und daß die bisherigen Ansätze vollkommen ausreichend, auf die betreffenden Erhöhungsanträge nicht eintreten will.

Getreu übrigens dem allgemein anerkannten Grundsätze, daß mehr nach unten als nach oben reformirt werden soll, wollte die Mehrheit immerhin nicht so weit gehen, da es der Ständerath für einmal beschlossen hat und hält daher angemessen, bei Fr. 8000 für die Mitglieder und bei Fr. 9500 bei dem Präsidenten des Bundesrathes stehen zu bleiben. Diese wenigen Bemerkungen mögen als Anhaltspunkte für Ihre Entscheidung genügen.

Wir gehen hienach über

II. zu dem Gesetzesentwurfe über die Besoldungen der eidgenössischen Beamteten überhaupt.

Wenn die Mehrheit der Kommission dafür hält, daß in die Berathung desselben eingetreten werden sollte, so kann sie füglich auf die vorangeschickten Bemerkungen im Allgemeinen verweisen. Im Besondern ist nicht zu übersehen, daß, nach den gemachten Erfahrungen der Andrang zu den höhern Stellen weit geringer und die Auswahl kleiner ist, als bei den untern Stellen; und daß man nicht übersehen darf, der Wahlbehörde hinreichende Garantien für gute Wahlen zu geben, daher die Mehrheit der Kommission um so weniger es für passend erachtet, nach oben gar keine Berücksichtigung eintreten zu lassen. Dagegen anerkennt die Kommission es übereinstimmend für unerlässlich, die mittlern und untern Beamteten so zu stellen, daß sie einer bescheidenen Existenz sich freuen und die Mittel zu einer verhältnißmäßigen Fortbildung sich verschaffen können. Auch die Republik, obwohl ihre Finanzen nicht gerade opulent sein mögen und nur mit weiser Berücksichtigung der wahren Volksinteressen alimentirt werden dürfen, hat unbestreitbar die Pflicht, den Beamteten gegen Nahrungsforgen zu sichern, wenn sie ihn auch nicht so stellen kann, daß er aus seinem Gehalte sich noch besondere Schätze sammeln kann. Den Kommissionsanträgen haben wir dennoch einen möglichst bescheidenen Maßstab zu Grunde gelegt, die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht ganz ausgegeben, jedoch nicht von Ferne überall nach denselben Prozenten gerechnet, sondern vorzugsweise die Verhältnisse der einzelnen Stellen so viel an uns lag, berücksichtigt und dabei ganz besonders in Betracht gezogen, daß Stellen, welche eine ökonomische Verantwortlichkeit, oder deren Innehaber beschränkte oder unbeschränkte Bürgschaften zu leisten haben, füglich mehr bedacht werden dürfen als Beamtungen, deren Geschäftsaufgabe den moralischen Verantwortlichkeitsumfang nicht übersteigt. In dieser Beziehung stehen wir meist auch

auf dem Boden der bundesrätlichen Anschauung und werden um so weniger von Ihnen desavouirt werden. Wir beabsichtigten zwar, etwas mehr Uebereinstimmung oder Einheit in die Ansätze überhaupt zu bringen. Es hielt dieses aber bei so verschiedenartig sich gestaltenden Verhältnissen sehr schwer, und um so schwerer, als bisher diese Einheit, namentlich bei den Zoll- und Postangestellten, zu wenig in's Auge gefaßt wurde, und ohne zu große Opfer eine Gleichheit kaum erzielbar sein wird. Sie mögen indessen unsere Vorschläge ergänzen.

Die Gehalte der eigentlichen Angestellten betreffend, so werden dieselben wie aus Art. 2 des Gesetzesentwurfes hervorgeht, wie bisher, so auch weiter auf dem Budgetwege ausgemittelt werden. Wir wollen indessen nicht versäumen, vielfachen Stimmen in und außer der Versammlung Gehör zu geben, und der entscheidenden Behörde die möglichste Berücksichtigung dieser Personen, sowie aller Unterbeamteten zu empfehlen, welche den scalaartigen Besoldungsansätzen unterstellt sind, deren Entschädigungsumfang daher vorwiegend nur in administrativer Hand liegt. Besonders werden die Weibel, die bisher sehr gering salarirt wurden und die um Erhöhung nachsuchen, nachdrücklich empfohlen.

Im Uebrigen haben wir sonst möglichst daran festgehalten, die Ansätze fix hinzustellen und so allfälligen allzugroßen Abweichungen und andern Abwegen vorzubeugen. Die Republik bedarf durchwegs einen guten, frischen und unabhängigen Beamtenstand und muß alles thun, um darauf hinzuwirken. Die Verhältnisse lassen indessen Maximum- und Minimumansätze im Ganzen vermeiden, und wir verweisen dießfalls lediglich noch auf die Berichterstattung der frühern nationalrätlichen Kommission, deren Ansichten wir uns vielfach angeschlossen haben.

Bei den einzelnen Abtheilungen soll das Nähere mündlich eröffnet werden. Im Besondern nur Folgendes:

Bundeskanzlei.

Die Ansätze für den Herrn Kanzler und dessen Stellvertreter wurden in der Voraussetzung theils im Alten belassen, theils wenig erhöht, daß auch die Ansätze für den Bundesrath, gegenüber dem ständerätlichen Beschlusse herabgesetzt werden, und in der Meinung, daß ein wesentliches Motiv der Erhöhung überhaupt die Steigerung der Miethzinsen bei denselben, wie bei dem Münzdirector, nicht in Anwendung kommen. Ausreichende Gründe zu besondern Erhöhungen bei den Kanzleisekretären fand man um so weniger als sonst andere Konsequenzen zu besorgen stehen.

Departemente.

Berufung auf die Ansätze.

Beim Militärdepartemente kann in Frage kommen, ob nicht ein Secretär erspart werden könnte, und es werden die Anträge nur in der Mei-

ung bewilligt, daß das sonst sehr finanziell gesinnte Departement, wenn möglich, von sich aus dießfalls remediren werde.

Beim Postdepartement dagegen ist es nur einem Uebersehen zuzuschreiben, daß bei der Generalpostdirektion nur ein Sekretär aufgeführt ist, während bisher deren zwei angestellt waren und vollauf zu thun hatten, was angemessen zu berichtigen wäre. (Vgl. Schreiben des Departements vom 24. Juli bei den Beilagenakten.)

Chef des Finanzbureau.

Verweisung auf den ständeräthlichen Bericht über die Geschäftsführung von 1853, datirt 23. Juni 1854. (Bundesblatt v. J. 1854, Bd. II, S. 669.)

Pulver- und Zündkapselverwaltung.

Berufung auf die erst zu gewärtigende Organisation, daher Anträge nur sehr eventuell. Bei einer Organisation, wenn solche beliebt sollte, kann in Frage kommen, ob nicht dem Pulververwalter oder seinem technischen Gehülfen, einer Hauptperson, immerhin auf dem neu angekauften Gute freie Wohnung gegeben werden könnte, was finanziell um so weniger zu sagen hätte, als sich andere Familien in der Nähe der Salpeteraffinerie nicht sehr gerne einmieten werden.

Handelssekretariat.

Bisher noch nicht bewilligt, daher zu sistiren.

Post- und Telegraphenverwaltung.

Im Wesentlichen Berufung auf die Notizen der nationalrätlichen Kommission im zweiten Berichte vom 23. Juli 1857, der zu vergleichen wäre. Wir schließen unsern Bericht, übergehend

III. zu dem Beschlusseentwurfe, betreffend Salarirung der Mitglieder des Nationalrathes und der Kommissionen.

Die Mehrheit der Kommission hält, namentlich im Hinblick auf die eben erst beginnende Amtsperiode, es durchaus nicht am Platze, daß der Nationalrath seine eigene Entschädigung erhöhe, und glaubt auch, daß eine solche Maßregel allgemein übel aufgenommen würde.

Die Minderheit dagegen weniger scrupulös, will, in Anbetracht des Umstandes, daß sich die Zimmer- und Lebensmittelpreise erhöht haben, und daß es Jedermann möglich gemacht werden müsse, ohne besondere Nachteile, sich einer solchen Vocation zu unterziehen, auch in Erleichterung des Rechnungswesens, in die Berathung des Entwurfes eintreten,

die Diät aber nicht gerade namhaft erhöhen, sondern nur auf Fr. 12 abrunden. Ganz besonders glaubt sie, daß im Hinblick auf viele Anormitäten, welche sich bei der Entschädigung für die Reiseauslagen wahrnehmbar gemacht und nicht seltenen Anstoß erregt haben, hiefür ein anderer Maßstab gesucht und festgestellt werden sollte, und legitimirt auch darum den Antrag auf Eintreten. Falls derselbe angenommen wird, werden die speciellen Anträge mündlich begründet und Beweise erbracht werden, daß mehrere Kantone sich veranlaßt gesehen haben, die Mitglieder des Ständerathes anders zu salariren.

Da inzwischen die Verhältnisse der Uebersetzer sich geändert haben und Abänderungen hinsichtlich der Kommissionsdiäten sich nicht als nöthig, noch dringlich ergeben, will auch die Minderheit auf diesen Theil des Entwurfes (3. Lemma) nicht eintreten.

Mögen Sie hienach entscheiden, wie Sie es der Sachlage und der Würde der Versammlung angemessen erachten.

Hochachtungsvoll.

Bern, den 15. Dezember 1857.

Im Namen der Kommission,
Der Berichterstatter: **Sulzberger.**

Ans den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes:

(Vom 29. Januar 1858.)

Veranlaßt durch die Warnung des schweiz. Konsuls in New-York vor einstweiliger Auswanderung nach den Vereinststaaten Nordamerika's*), hat der in Highland (Staat Illinois) niedergelassene Sohn des im verfloffenen Jahre verstorbenen Herrn eidg. Obersten Milliet-Constant, von Genf, in einer vom 21. Dezember v. J. datirten Zuschrift an den Bundesrath folgende Mittheilungen über die Auswanderung nach Amerika gemacht:

„Wenn man (wie Herr de Luzé) nur die großen Handelsstädte in'de „Auge faßt und das schreckliche Elend, welches dort als unvermeidliche „Folge der Geldkrisis die arbeitende Klasse treffen mußte, so muß man „allerdings erschrecken bei dem Gedanken, daß arme Einwanderer daselbst „zu dieser Zeit ganz sicher dem größten Elende und dem Hungertode preis „gegeben würden. Wenn der Zustand der großen amerikanischen Städte „bedenklich ist und die nächste Zukunft für die Einwanderer beklagenswerth „sein wird, so verhält es sich ganz anders in den Landgegenden des „Westens, die gerade das Ziel der meisten schweizerischen Emigranten sind.

*) S. Bundesblatt v. J. 1857, Bd. II, S. 420.

Bericht der nationalrätlichen Kommission über die Regulirung der Besoldungsverhältnisse. (Vom 15. Dezember 1857.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1858
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	06
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.02.1858
Date	
Data	
Seite	82-88
Page	
Pagina	
Ref. No	10 002 418

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.